

LandFrauen befürchten sinkendes Versorgungsniveau im Gesundheitswesen

Der von der Koalition geplante Basistarif führt zu weiteren erheblichen Ungerechtigkeiten vor allem für Frauen. Seine Aushöhlung durch die immer stärker betriebene Auslagerung von Leistungen in eigenfinanzierte Zusatztarife, trifft vor allem gering verdienende, allein erziehende und alte Frauen. Laut Gender Datenreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind drei Viertel der erwerbstätigen Frauen pflichtversichert, und damit wesentlich mehr als Männer. Besser verdienende Männer, die mit ihrem Einkommen über die Beitragsbemessungsgrenze kommen, wechseln häufig in die private Krankenversicherung.

„Die Zuzahlungen, die gesetzlich versicherte Frauen bei der Vorsorge leisten müssen, sind heute schon für viele eine Belastung. Deshalb darf dieses System von den Krankenkassen nicht noch weiter ausgebaut werden“, so Präsidentin Hannelore Wörz. „Mit dem geplanten Basisbeitrag besteht die Gefahr, dass alle gesetzlich Versicherten durch weitere Zusatzversicherungen erheblich mehr belastet werden.“ Die zur Kostensenkung im Krankenhausbereich immer stärkere Ausdehnung der ambulanten Versorgung trifft Frauen ebenfalls besonders hart. Sie sind aufgrund ihres sozialen und familiären Hintergrundes häufig alt und allein stehend, oder durch Haushalt und Kinder belastet. Die Rekonvaleszenz nach einem ambulanten Eingriff ist bei diesen Frauen nicht gewährleistet.

Nur ein soziales Gesundheitssystem hält unser Gemeinwesen nachhaltig zusammen. Daher fordert der LandFrauenverband Württemberg-Baden die in der Koalitionsvereinbarung gegebene Zusage ein, dass in Zukunft alle Menschen in Deutschland unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko weiterhin die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben. Dieses Versprechen muss von allen Beteiligten des Gesundheitswesens eingehalten werden.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden fordert darüber hinaus:

- 1) Die gesetzliche Krankenversicherung muss auch in Zukunft einen sozialen Ausgleich zwischen jungen und alten, gesunden und kranken Menschen, Beziehern höherer und niedriger Einkommen sowie zwischen Alleinstehenden und Familien ermöglichen.
- 2) Die Krankenversicherung muss für die Versicherten finanzierbar bleiben.
- 3) Eine flächendeckende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung muss vor allem im ländlichen Raum gewährleistet bleiben.
- 4) Die im Koalitionsvertrag zugesagte Versorgungsforschung ist umzusetzen.

Der LandFrauenverband bekräftigt die jüngst vom Landesfrauenrat in Baden-Württemberg mit seinen 53 Frauenorganisationen beschlossene Forderung an die Landesregierung, sich im Land und im Bundesrat für die Weiterführung des paritätisch finanzierten Versicherungssystems in der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen. Eine Öffnung für freiwillige Zusatzangebote und die Minimierung des bisherigen Versorgungsniveaus ist abzuwenden!

Stuttgart, 7.12.2009